



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 05.11.2025, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2026 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2025-2029 - Einbringung	Vorl.Nr. 316/25
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Stadtrat **Haag** beantragt Tagesordnungspunkt 6 „Entwurfs- und Baubeschluss Grünfläche und Spielplatz beim Burkinischen Dorf“ von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Aus seiner Sicht solle überlegt werden, ob es nicht möglich wäre, an Stelle des Burkinischen Dorfes einen Garten der Religionen anzulegen. Nach kurzer Aussprache ist sich das Gremium einig, dass das Thema von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden soll. Das Thema solle aufgearbeitet werden und in der Gemeinderatsitzung am 03.12.2025 oder 17.12.2025 erneut zur Entscheidung vorgelegt werden.

Im Anschluss ruft OBM **Dr. Knecht** Tagesordnungspunkt 1 auf.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) bringen OBM **Dr. Knecht**, der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen (Rede des Stadtkämmerers liegt dem Protokoll als Anlage bei), sowie die **Leiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal den Haushaltsplan 2026 und die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2025 – 2029 ein.

OBM **Dr. Knecht** und der Stadtkämmerer stellen den Etatentwurf vor.

TOP 1.1	- Stellenplan 2026	Vorl.Nr. 322/25
---------	--------------------	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Einbringung des Stellenplans erfolgt zusammen mit der Einbringung des Haushaltsplans 2026 (vgl. Tagesordnungspunkt 1).

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) stellen ein **Mitarbeiter** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Bildung und Familie die Ergebnisse des Jugendhearings und des Kindergipfels vor.

Im Namen des Gremiums dankt OBM **Dr. Knecht** für die Erläuterungen, die tollen Ergebnisse, sowie für die geleistete Arbeit.

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) führt OBM **Dr. Knecht** in die Thematik ein.

7 **Akteure** (Vertreter des Jugendgemeinderates der Stadt Ludwigsburg, Sozialverband VdK Kreisverband Ludwigsburg, Aktionsbündnis Stadtbahn, Initiative „Macht Lucie wirklich Sinn“, Industrie- und Handelskammer, Initiative „Wir für Lucie“, Ludwigsburger Innenstadtverein) stellen anschließend (jeweils á 5 Minuten) ihre Sichtweise zur geplanten Stadtbahn dar.

OBM **Dr. Knecht** dankt den Vortragenden für ihre Meinungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, die sicherlich die kommenden Diskussionen bereichern werden. Er erteilt dem Gremium die Möglichkeit zu einer Fragerunde an die Vortragenden.

Stadtrat **Sorg** stellt dem Vertreter der Initiative „Macht Lucie wirklich Sinn“ die Frage, wie viele Unterstützende die Initiative habe und was aus seiner Sicht sinnvoll sei, um dem Ludwigsburger Verkehrsinfarkt zu begegnen. Ebenso interessiert ihn die Größe der Initiative „Wir für Lucie“.

Die Größe der Initiative wolle er der Vorstellungskraft des Fragenden überlassen, sie sei keinesfalls zu unterschätzen und sei sehr gut vernetzt, so die Antwort des **Vertreters** von „Macht Lucie wirklich Sinn“. Er geht auf die Frage zum Mobilitätskonzept ein. Bereits in der Vergangenheit habe der Schienenverkehr gegen den Bus verloren. Heute gebe es bereits E-Bikes, E-Scooter oder Metrobusse, die ohne Schienen auskommen und unterschiedlich sowie flexibel eingesetzt werden können.

Der **Vertreter** der Initiative „Wir für Lucie“ teilt mit, dass 56 Aktive die Gruppe organisieren. Die Petition habe, Stand heute, 1.056 Unterschriften, wenngleich diese Zahl nicht bereinigt sei, merkt er an.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** stellt dem Vertreter des VdK Fragen zur Barrierefreiheit und will wissen, ob sich die Zweifel lediglich auf den Vorlaufbetrieb oder auch auf die endgültigen Planungen zur Niederflurbahn beziehen. Er fragt nach ob die Strecke durch die Leonberger- und Hindenburgstraße, oder durch die Innenstadt im Hinblick auf die Barrierefreiheit besser geeignet wäre.

Eine Stadtbahn durch die Innenstadt werde für unmöglich gehalten, so der **Vertreter** des VdK. Die Frage zur Barrierefreiheit sei schwierig zu beantworten. Bei den Planungen seien üblicherweise verschiedene Behindertenverbände beteiligt. Die Befürwortung der Verbände seien zum Erhalt der Fördermittel notwendig. Der Höhenunterschied am Bahnsteig von 21 cm reiche nicht für eine Barrierefreiheit aus.

Stadträtin **Akin** geht auf die Irritationen der eingereichten Petition „Wir für Lucie“ ein und fragt, ob es eine neue, aktualisierte Petition gebe.

Die Petition habe man umformuliert und durch Quellenhinweise ergänzt. Inhaltlich sei die Petition unverändert, so der **Vertreter** der Initiative „Wir für Lucie“.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Barrierefreiheit und die geplante Haltestelle Talallee ein. Sie will wissen, ob die Pläne vorab für den VdK einsehbar waren und der VdK beteiligt worden sei.

Zum Projekt Lucie seien die Behindertenverbände bisher noch nicht eingebunden worden, so der **Vertreter** des VdK.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, erteilt OBM **Dr. Knecht** das Wort an den Zweckverband Stadtbahn.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbandes geht anhand der beiliegenden Präsentation auf die im Vorfeld eingegangenen Fragen ein.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität fährt in der Präsentation fort und informiert über die Erkenntnisse aus dem Gespräch mit dem Verkehrsministerium.

Nach dem Vorlaufbetrieb wolle man auf ein anderes System umstellen, fügt BM **Manni** hinzu. Anhand der Präsentation geht er auf die Trassenführungen ein. Die Planungen seien sehr komplex und bergen große Herausforderungen. Heute könne noch keine greifbare Lösung vorgestellt werden. Hinsichtlich der Barrierefreiheit stehe man in enger Abstimmung mit vielen Beteiligten. Weiter fährt er in der Präsentation fort und informiert zum Expressbus, zum autonomen Bus und zu den Auswirkungen auf die bestehenden Buslinien.

Der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität fährt in der Präsentation fort und geht auf die Themen Organisationsstruktur, Vertragslage und Kostenaufteilung ein.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet eine weitere Ausspracherunde.

Stadtrat **Sorg** geht auf einen möglichen Rechtsstreit bei einem Ausstieg aus dem Stadtbahnprojekt ein und fragt nach der geschätzten Kostenhöhe und ob dies im Haushaltsplan abgebildet sei.

Stadtrat **Herrmann** merkt an, dass ebenso bei einer Entscheidung gegen den Bau einer Stadtbahn zwischen Bahnhof-Pattonville-Oßweil künftigen Generationen nichts verbaut werde und er widerspricht somit dem Argument, hinsichtlich des Ruhend stellen. Er fragt nach den Auswirkungen auf die entfallenden Buslinien, ihm erscheine die Anzahl hoch und würde einen großen Teil der LVL-Busflotte betreffen. Weiter geht er auf den Investitionszuschuss an den Zweckverband sowie eine Betriebskostenumlage für das Jahr 2026 in Höhe von gesamt 2,5 Millionen, ansteigend in den Folgejahren, ein. Diese Umlagekosten seien durch Zuschüsse nicht gedeckt und könnten bei einer Auflösung des Zweckverbandes eingespart werden, so seine Meinung. Er will wissen, ob diese Ausgaben in irgendeiner Form förderfähig seien. Stadtrat Herrmann fragt, ob bei einem Gemeinderatsbeschluss gegen die Stadtbahn durch die Innenstadt und die Reaktivierung, ab dem Jahre 2027 die veranschlagten Kosten im Haushalt eingespart werden könnten. Dies sehe er als deutlich günstiger an, als weiterhin für die nächsten fünf Jahre Umlagekosten an den Zweckverband zu leisten, auch im Falle von möglichen Rechtsverfahren.

Stadträtin **Liepins** geht ebenso auf die Umlagekosten ein. Die Hochrechnung der Einnahmen des Zweckverbandes durch die Stadt und die weiteren Kommunen sowie den Landkreis ergeben bis 2030 einen Betrag von 92 Millionen und weitere Kosten für die Folgejahre. Sie fragt, ob Planungs- und Gutachterkosten förderfähig seien und will wissen, ob gegebenenfalls eine Rückzahlung erfolge. Sie will wissen, ob die zuzüglichen Planungskosten in Höhe von 28 bis 34 Millionen bei den Baukosten eingerechnet seien und inwieweit ein späterer Rückfluss an die Kommunen erfolge.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbandes beantwortet die Fragen. Bei einem Ruhenlassen einzelner Bauabschnitte verbaue man für die Zukunft nichts. Wenn jedoch der mittlere Teil mit der Strecke Bahnhof-Pattonville entnommen werde, könne der reaktivierte Teil bei einer Planung in späteren Jahren nicht in die Kosten-Nutzen-Rechnung einbezogen werden. Bis zur nächsten Sitzung werde ein Gutachter zum aktuellen Zwischenstand über die Anzahl der entfallenden Buslinien informieren. Der Zweckverband investiere aktuell die Einnahmen unter anderem für Planungen und Untersuchungen des gesamten Streckenbereiches sowie kommende erste Baukosten ab 2029. Die Inbetriebnahme sei 2031 geplant. Die Fördermittel können erst ab einer Bautätigkeit abgerufen werden. Bund und Land fördern den Bau, die Höhe orientiere sich an den Ausschreibungsergebnissen und gewähren eine Pauschale mit 10% für Planungskosten. Bei einem jetzigen Ausstieg werden die bereits angelaufenen Kosten somit nicht gefördert. Die Fördergelder fließen entsprechend dem Schlüssel an die Kommunen zurück, sobald die Bautätigkeit aufgenommen werde. Bei einem Ausstieg könne die Reaktion der anderen Kommunen hinsichtlich Schadensersatzansprüchen heute nicht beurteilt werden.

In der Regel gehe der Planungsträger bei Großprojekten in Vorleistung und verrechne die Fördergelder für die Planungskosten mit den ersten Bauleistungen, ergänzt BM **Manni**. Erfahrungsgemäß erfolge kein tatsächlicher Rückfluss an die Kommunen.

OBM **Dr. Knecht** geht auf die rechtliche Einschätzung etwaiger Schadenersatzforderungen der weiteren Zweckverbandskommunen ein. Ein Ausstieg sei nur einvernehmlich, aber durchaus eine vertragliche Anpassung sowie

entsprechende Vetorechte der Stadt, möglich, wenngleich eine gewisse Regressforderung denkbar sei. Im Nachgang werde die Verwaltung die offenen Fragen schriftlich beantworten.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die Präsentation beim Mandatsträgerforum zur Kosten-Nutzen-Berechnung ein und fragt nach den zugrunde gelegten Zahlen. Sie habe Zweifel an den Nutzerzahlen, vor allem im Bereich der Weststadt, insbesondere zur Haltestelle Talallee. Weiter geht sie auf die Buslinie 533 ein und fragt, wie die Menschen bei einem Wegfall dieser Linie künftig angebunden seien. Zudem wünscht sie Informationen hinsichtlich möglicher Änderungen der bisherigen Verkehrsprobleme in der Schlachthofstraße und beim Westausgang.

Stadträtin **Knecht** interessiert der NKI zwischen Pattonville und dem Bahnhof Ludwigsburg. Zudem fragt sie, ob der Zweckverband Rücklagen für etwaige Klageverfahren seitens der Bevölkerung gebildet habe.

Stadtrat **Dogan** fragt nach dem Stand bei den weiteren Kommunen. Zudem will er wissen, ob die Route Pattonville-Aldingen, bei Wegfall der weiteren Strecken, dennoch förderfähig sei.

Die jeweiligen Gemeinderäte und die Verwaltungsleitungen der weiteren Kommunen stehen zum Projekt, so OBM **Dr. Knecht**.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbandes geht auf die Einzugsgebiete hinsichtlich der Fahrgastzahlen ein und merkt an, dass der Gutachter die Daten selbst erhoben habe. Es werden unter anderem die Bevölkerungsstruktur wie auch die Dichte der Wohnbebauung in die Berechnung einbezogen. Hierzu gebe es eine feste Vorgabe und ein standardisiertes Schema. Weiter geht er auf die Buslinie 533 ein. Parallel zur Streckenführung sei die Buslinie nicht sinnvoll, wenngleich die weiteren Gebiete, die mit der Stadtbahn nicht erreicht werden, weiterhin mit dem Bus angebunden seien. Die Planungen zur Schlachthofstraße werden detailliert in der kommenden Sitzung erläutert. Der NKI-Wert werde sich vermutlich nicht wesentlich ändern. Das Rechenverfahren sei sehr komplex. Zur nächsten Sitzung werden genaue Zahlen zu den verschiedenen Teilstrecken vorgestellt, die derzeit noch untersucht werden. Die Strecke Pattonville-Aldingen werde bei einem weiteren Entfall voraussichtlich nicht förderfähig sein. Der Vorlaufbetrieb Markgröningen-Möglingen-Ludwigsburg sei hochrentabel. Finanzielle Mittel für mögliche Klageverfahren seien bisher nicht eingestellt.

Stadtrat **Haag** will wissen, ob das Verkehrsministerium eine Rechtsgrundlage genannt habe, nachdem der Ersatzbusverkehr als förderschädlich bezeichnet worden sei.

Bisher sei lediglich die Kostenaufstellung für die Trassenvarianten der Strecke Markgröningen-Ludwigsburg vorgestellt worden, sagt Stadtrat **Ziemann**. Er fordert diese ebenso für die Innenstadtlinie.

Stadtrat **Maier** fragt, wie hoch die notwendigen finanziellen Mittel seien, um die Strecke Markgröningen-Ludwigsburg zu realisieren. Er befürchtet, dass die Regressansprüche der Kommunen höher als die Investition sein könnten. Zudem stellt er fest, dass nach einem möglichen Ende des ersten Bauabschnittes mit einer Interimslösung für Gleis 6, aufgrund der fehlenden Barrierefreiheit, voraussichtlich die gesamte Förderung zurückzuzahlen sei. Er plädiert dafür, die Strecke

Markgröningen-Ludwigsburg zu realisieren und sich die Option der weiteren Strecken, durch eine Ruhendstellung, zu sichern.

Die Fraktion um Stadtrat **Remmele** habe sich immer gegen die Trasse Markgröningen ausgesprochen, da darin wenig Nutzen für Ludwigsburg gesehen werde. Seine Fraktion fordert weiterhin die Weststadt anzubinden.

OBM **Dr. Knecht** erinnert an vergangene Diskussionen. Mehrheitlich habe sich damals die FW-Fraktion für eine Reaktivierung der Markgröninger Strecke positioniert.

Stadträtin **Dr. Klünder** fragt nach der möglichen Zeitdauer einer Ruhendstellung.

Der **Geschäftsführer** des Zweckverbandes geht auf die Fragen zur Kostenaufstellung ein. Bewusst habe man sich beim Mandatsträgerforum auf den Vorlaufbetrieb fokussiert. In der letzten Zweckverbandversammlung seien die Gesamtkosten in einer öffentlichen Sitzung genannt worden. Die potenziellen Regressforderungen seien höher als die Investitionen der Stadt. Die Frage zur Zeitschiene bei einer Ruhendstellung werde mitgenommen.

BM **Manni** geht auf die Förderfähigkeit ein. Die Idee zur Expressbuslinie sei dem Verkehrsministerium gestern vorgestellt worden. Es werde grundsätzlich nicht der Betrieb, sondern der Invest gefördert. Bei Großprojekten sei das Gesamtzielbild entscheidend, solange dies nicht aufgegeben werde, sei eine zeitliche Bindung nicht gegeben.

Zur Entscheidungsfindung am 19. November brauche man eine klare Grundlage, die heute teilweise noch vermisst werde, führt OBM **Dr. Knecht** aus. Eine rechtliche Einschätzung werde nachgereicht. OBM Dr. Knecht schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4

Tätigkeitsbericht Gleichstellungsbeauftragte
2025 und
Ausblick 2026

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

Einführend dankt OBM **Dr. Knecht** der Gleichstellungsbeauftragten für die geleistete Arbeit. Er erinnert daran, dass die ursprüngliche 100 % Stelle, nach dem Weggang der Vorgängerin, auf 75 % gekürzt wurde.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet die **Gleichstellungsbeauftragte** über ihre Tätigkeiten im Jahr 2025 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2026. Es erfolgt eine Aussprache, in der sie Rückfragen aus der Mitte des Gremiums beantwortet.

Stadträtin **Schittenhelm** dankt für das geleistete große Pensum. Die angebotenen Vorträge seien von großer Qualität gekennzeichnet. Ihre Fraktion unterstütze, dass der internationale Gedenktag für Frauen und Mädchen, die Opfer von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt werden, in die Stadtgesellschaft getragen werde. Bedenken habe sie bezüglich des geplanten Sicherheitsgipfels. Die Dimension könne auch zu einer Überforderung führen.

Stadtrat **Meyer** sieht die Gleichstellung „vor Ort“ in Schulen, Kitas und der Kontakt zu Vereinen als wichtig an. Hier müsse der Schwerpunkt der Arbeit liegen; weniger bei nationalen Auftritten. Den angedachten Sicherheitsgipfel müsse man hinterfragen. Es fehle an Kostenklarheit. Im Haushalt seien hierfür keine Mittel eingestellt. Eine solches Event binde viel Arbeitszeit, welche dann an anderer, wichtiger Präventionsarbeit fehle. Man müsse sich zusammensetzen und über die Zielfindung sprechen.

Stadtrat **Zeltwanger** dankt für die zurückliegende Arbeit und das aufgestellte Arbeitsprogramm für das Jahr 2026. Dieses sei sehr ambitioniert und mit einer 75 % Stelle nur schwer leistbar. Beim Thema „Frau und Beruf“ hätte er sich mehr Sichtbarkeit der Gleichstellungsbeauftragten gewünscht.

Die Intensität sei bemerkenswert, führt Stadtrat **Dr. O´Sullivan** aus. Ein Wirken in die Stadtgesellschaft hinein heiße auch, ein Vernetzen mit anderen Akteuren. Aus Seiner Sicht müsse geprüft werden, ob Veranstaltungen teils zu groß geplant seien. Neben der benötigten Arbeitskraft, bestehe auch die Sorge, dass Kosten bei der Stadt hängen bleiben.

Stadtrat **Haag** hält die aufgezeigten Projekte für gut. Die Sichtbarkeit sei wichtig. Sein Fazit laute: Weiter so.

Strukturelle Gewalt dürfe nicht kleingeredet werden, führt Stadträtin **Allerborn** aus. Sie könne daher nicht nachvollziehen, weshalb man die sehr gute Arbeit kritisiere.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, Arbeit in die Gesellschaft hinein finde statt - auch für Ludwigsburg. Für den vorgesehenen Gleichstellungs & Sicherheitsgipfel pro femina (GSG fem) vom 24. – 26.11.2026 sei bewusst kein Geld in den Haushalt 2026 eingestellt worden. Die Finanzierung soll vornehmlich über Drittmittel erfolgen. Die **Gleichstellungsbeauftragte** erläutert das GSG-fem Konzept, welches gewinnbringend orientiert sei, sowohl was den Inhalt betreffe, aber auch inhaltlich und monetär. Die Veranstaltung hänge von den Beiträgen ab, aber auch, ob der Gipfel refinanziert werden könne. OBM **Dr. Knecht** ergänzt, gerne könne man im Wirtschaftsausschuss im Frühjahr über die Durchführung entscheiden.

Die **Gleichstellungsbeauftragte** führt weiter aus, die angesprochene Arbeit mit Kinder und Schülern werde sich zwangsläufig verstärken, wenn Sie in Kürze dem Dezernat II, Bildungs- und Soziales, zugeordnet werde. Zur vorgebrachten Kritik bzgl. der Schließung der Kontaktstelle Frau und Beruf zum Jahresende teilt Sie mit, hier habe Sie keine Möglichkeit gehabt zu agieren, der Vorstoß für die Schließung der Kontaktstelle sei in einer Sitzung überraschend durch die Mitglieder des Gemeinderats gekommen. OBM **Dr. Knecht** ergänzt, als Angestellte der Stadt könne die Gleichstellungsbeauftragte auch nicht gegen einen Beschluss des Gemeinderats agieren.

Abweichender Beschluss:

~~Der Personalkostenzuschuss für eine pädagogische Fachkraft innerhalb der Eingruppierung SuE 12 TVöD (VKA) wird in künftige Haushaltsplanungen eingestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2026 wird die Dynamisierung des Zuschussbetrages an Frauen für Frauen e.V. verbindlich nach Maßgabe der jeweils geltenden Beschlusslage des Landratsamtes nachvollzogen.~~

Die Stadt fördert (analog zum Landkreis) eine pädagogische Fachkraft (1 Vollzeitäquivalent (VZÄ)) in der Eingruppierung SuE12 TVöD (VKA). Die von der Stadt Ludwigsburg geförderte Stelle wird ab dem Haushaltsjahr 2026 ebenso wie beim Landkreis dynamisiert bezuschusst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Bilger
- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Eisele

Befangen: - Stadträtin Shoaleh

Beratungsverlauf:

Zu diesem Tagesordnungspunkt erklärt sich Stadträtin **Shoaleh** für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Im Anschluss verweist OBM **Dr. Knecht** auf die Vorberatung und die einstimmige gefasste, geänderte Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 14.10.2025. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Im Anschluss tritt Stadträtin **Shoaleh** wieder in die Sitzung ein und nimmt am Sitzungstisch Platz.

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt (vgl. Beratungsverlauf TOP 1).

Beschluss:

- ~~1. Die Stadtgründungsfeier mit Verleihung der Bürgermedaille findet 2026 statt.~~
- ~~2. Ab 2027 wird die Stadtgründungsfeier alle 2 Jahre durchgeführt und zwar in den Jahren mit geraden Jahreszahlen (2028, 2030, 2032 usw.).~~
- ~~3. Infolgedessen wird auch die Bürgermedaille alle 2 Jahre verliehen. Die Anzahl der zu verleihenden Medaillen entscheidet der Gemeinderat jeweils im Vorfeld.~~
- ~~4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung entsprechend zu planen und den Veranstaltungsturnus ab dem Jahr 2026 anzupassen.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 17 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Bilger
- Stadtrat Eisele

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorlage 327/25. Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal erläutert den Sachverhalt.

Im Anschluss erläutert Stadträtin **Dr. Knoß** den Antrag ihrer Fraktion vom 10.10.2025 (Vorlage Nr. 321/25).

Stadtrat **Herrmann** teilt mit, aus seiner Sicht dürfe man sich nicht kaputtsparen. Soziale Kontakte seien wichtig. Anderer Kommunen würden ähnliche Formate erst

einführen. Kosteneinsparungen seien beispielsweise durch einfaches Fingerfood denkbar. An der jährlichen Veranstaltung wolle man festhalten.

Man mache es sich mit der Entscheidung nicht leicht, teilt Stadtrat **Peifer** mit. Bei der Stadtgründungsfeier handle es sich aber um ein wichtiges Event. Nach reiflicher Überlegung lehne seine Fraktion den Antrag ab. Evtl. seien Kosteneinsparungen möglich.

Bei der Stadtgründungsfeier handle es sich um kein Fest für die gesamte Bevölkerung. Aus Sicht von Stadträtin **Liepins** solle man daher lieber die Stadtgründungsfeier nur alle 2 Jahre stattfinden lassen, bevor man an anderen Festen, die für Vereine aus finanzieller Sicht wichtig seien, spare.

Aus Sicht von Stadtrat **Ziemann** handle es sich bei den Kosten der Stadtgründungsfeier angesichts des Gesamthaushaltsvolumens um einen geringen Betrag. Daher solle die bisherige jährliche Handhabung beibehalten werden.

Stadtrat **Tübek** könne dem Antrag folgen. Die Würdigung sei auch im 2-jährigen Rhythmus gegeben.

Stadtrat **Taskin** spricht sich für eine jährliche Feier, in kleinerer Form, aus

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage 327/25 abstimmen.

Er stellt abschließend fest, nachdem die Vorlage mehrheitlich abgelehnt wurde, bleibe es beim derzeitigen Status Quo der jährlichen Stadtgründungsfeier. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2025 sei damit erledigt. Dann beendet er den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 7.1	Stadtgründungsfeier und Verleihung Bürgermedaille alle zwei Jahre - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2025	Vorl.Nr. 321/25
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

(vgl. Beratungsverlauf zu TOP 7).